

# Industrie mit Zukunft

## #FAIRGEHTMEHR

**Die Arbeit von 1,3 Millionen Menschen in der Industrie macht einen wesentlichen Teil der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens aus. Globalisierung, Bekämpfung des Klimawandels und Digitalisierung bedeuten für die Beschäftigten große Veränderungen. Auf die Entscheidungen eines starken Staats kommt es an, damit aus Wandel sozialer Fortschritt erwachsen kann.**

Wir bekennen uns zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens, um unsere Lebensumwelt erhalten zu können. Für die Begrenzung der Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad und dem Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 braucht es eine zukunftsfähige Wirtschaft. Die erfordert schon jetzt riesige Investitionen in enorme Forschungs- und Entwicklungsleistungen und in Innovationen.

Dies gilt in gleichem Maße für die Digitalisierung, bei der aktuell fünf große Digitalkonzerne die wesentlichen digitalen Infrastrukturen und Datenströme kontrollieren. Unsere Industrieunternehmen versuchen durch eigene Plattformlösungen die Ausbreitung dieser Datenplattformen in die Kernbereiche ihrer Technologien abzuwenden. Eine Politik des sozialen Fortschritts setzt jetzt Akzente, damit diese Anstrengungen erfolgreich sind.

Wir nutzen dafür die Stärken der Beschäftigten. Die Industrie in Deutschland war bislang gerade deswegen international so lange so erfolgreich, weil ihr durch die Mitbestimmung das Zusammenführen von sozialen und technologischen Dimensionen des Wandels gut gelingt.

Fair geht mehr: Deshalb setzen wir bei der Umsetzung des sozialen Fortschritts auf die betriebliche Mitbestimmung und auf die Einbeziehung der Gewerkschaften bei der Entwicklung und Umsetzung solcher Transformationsstrategien.

**WER DIE ZUKUNFT GESTALTEN WILL,  
MUSS IN DER GEGENWART AKZEPTANZ SCHAFFEN.**

**#SozialerFortschritt**  
Für die Vielen,  
nicht die Wenigen.



- NRW muss sich jetzt für eine „Solidarische Energiewende“ einsetzen. Die industrielle Basis der erneuerbaren Energiewirtschaft in NRW darf nicht länger durch unsinnige Regelungen ausgetrocknet werden.
- Wir fordern ein groß angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm. Bund und Land müssen mit einer Ko-Finanzierung die Transformationsaufgaben jetzt angehen.
- Das Land NRW muss sein industriepolitisches Leitbild im Hinblick auf die gezielte Förderung der Nachfrage nach neuen innovativen industriellen Lösungen überarbeiten.
- Die Landesregierung muss sich im Bund für ein neues Transformationskurzarbeiter-Geld einsetzen, um Beschäftigten Sicherheit im Wandel zu ermöglichen.
- Die Weiterentwicklung der verschiedenen Industrien braucht einen systematischen Ansatz für eine regionale Strukturpolitik – inklusive passender Finanzierungsinstrumente.
- Die Entwicklung nicht-fossiler Antriebstechnologien in der Automobilwirtschaft sind gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Betriebsräten und der Gewerkschaft abzustimmen und voranzutreiben.
- Wir fordern für den Automobil- und den Chemiesektor unter Einbeziehung der Sozialpartner den Start von Initiativen nach dem Vorbild der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, um anstehende Transformationsleistungen bewältigen zu können.
- Betroffene Betriebsräte brauchen eine auskömmlich finanzierte Transformationsberatung, um sie zu Beteiligten zu machen.
- Wir unterstützen die Forderung des Bundeswirtschaftsministers, unter Einbeziehung der Sozialpartner einen öffentlichen Beteiligungsfonds zur Sicherung von Industriebetrieben und ihrem technologischen Know-how einzurichten.

**FÜR DIE LÖSUNG DER ZUKUNFTSAUFGABEN BRAUCHEN WIR EINEN STARKEN STAAT,  
DER VERANTWORTUNG NICHT AUF DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER ABWÄLTZT.**

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**

**#FairGehtMehr**

**#DuBistEsWert**

**#ZusammenWachsen**